

LandInForm

2/2009

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

dvs@ble.de

www.land-inform.de

Maßgerechte Kalkulation statt Einheitsprämie

Von Judith Hecht, Hiltrud Nieberg,
Frank Offermann und Gerald Schwarz

Die Höhe der Förderprämien stellt ein wichtiges Kriterium für die Akzeptanz von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes dar. Für viele Förderbereiche sehen die entsprechenden EU-Verordnungen vor, dass sich die Prämienhöhe an den entstehenden Kosten orientiert. Die Berechnungsansätze variieren in den Mitgliedstaaten allerdings erheblich. Das Forschungsprojekt AGRIGRID hat jetzt die Grundlagen für eine harmonisierte Kalkulation von Prämien erarbeitet.



Bild: www.Lebensraum-Brache.de/J.A. Wadsack

Gestaffelte Prämien werden in einigen Bundesländern für bestimmte Agrarumweltmaßnahmen - wie zum Beispiel Flächenstilllegungen - gezahlt. Aber wann sind gestaffelte Prämien effektiv und effizient?

Die Prämienberechnung für Fördermaßnahmen der ländlichen Entwicklung darf explizit auf der Grundlage von Standardkosten und Standardannahmen für Einkommensverluste erfolgen. Das Ergebnis ist häufig eine Einheitsprämie. Einheitsprämien werden jedoch immer wieder als ineffizient kritisiert. Zudem waren die Prämienkalkulationsansätze in den EU-Mitgliedstaaten und -Regionen in der Vergangenheit sehr heterogen.

Kalkulationen harmonisieren

Um in allen EU-Mitgliedstaaten eine konsistente Herangehensweise an die Prämienkalkulation zu fördern, hat die EU-Kommission 2007-2008 das Forschungsprojekt AGRIGRID finanziert. AGRIGRID zielt auf die Entwicklung methodischer Raster ab, mit deren Hilfe die Prämienkalkulation erfolgen kann. Diese Kalkulationsraster mit den dazugehörigen Software-Programmen sollen den Mitgliedstaaten eine stärker abgestimmte und trotzdem flexible Vorgehensweise ermöglichen.

Um den Praxisbezug zu gewährleisten, wurden zunächst bereits vorhandene Prämienkalkulationen aus neun Mitgliedstaaten aus-

gewertet. Daraus wurde eine umfangreiche Datenbank zu Kalkulationsansätzen und -komponenten zusammengestellt.

Grundgerüst mit drei Kernkomponenten

Basierend auf dieser Analyse wurden Modelle zur Kalkulation der betrachteten Maßnahmen der ländlichen Entwicklung erarbeitet, aus denen die Struktur des Kalkulationsprozesses hervorgeht. Kernstücke des Kalkulationsprozesses sind a) die Referenzsituation, b) notwendige Veränderungen in der landwirtschaftlichen Landnutzung und c) relevante Kosten-, Einnahmen- und Einkommenskomponenten sowie deren mögliche Differenzierungen. Um schließlich das Grundgerüst für eine neue, harmonisierte, aber trotzdem flexible Prämienkalkulation zu erhalten, wurden sämtliche Kernstücke in methodischen Rastern in Excel-Tabellen systematisch zusammengeführt.

Flexibel und benutzerfreundlich

Die so entwickelten methodischen Raster konnten dann in eine Prämienkalkula-

tionssoftware transformiert werden, die als Anwenderplattform dient. Der Kalkulationsprozess ist in sieben Hauptschritte gegliedert (siehe Abb.1). Dabei bietet die Software ein hohes Maß an Flexibilität, um beispielsweise stark unterschiedliche Datenverfügbarkeiten für die verschiedenen Kalkulationskomponenten oder auch verschiedene Differenzierungsansätze der einzelnen Mitgliedstaaten und Regionen in der Prämienkalkulation zu berücksichtigen. Abbildung 2 zeigt beispielhaft ein mögliches Ergebnis der Softwareanwendung für die Kalkulation der Umstellung auf ökologischen Landbau.

Bei der Erstellung der Software wurde besonders auf Benutzerfreundlichkeit geachtet.

So sind zum Beispiel für die verschiedenen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung konkrete Anwendungsbeispiele für Prämienkalkulationen beigefügt. Die enge Zusammenarbeit mit Vertretern der verantwortlichen Stellen in verschiedenen EU-Staaten in allen Projektphasen stellte sicher, dass die entwickelten methodischen Raster und die Software den Anforderungen und Bedürfnissen der Nutzer Rechnung trägt. Ein Benutzerhandbuch erleichtert die Anwendung des neuen Kalkulationsinstruments.

Prämienstaffelung: ein Instrument für viele Ziele

Einen besonderen Schwerpunkt im Projekt bildeten Analysen zur Auswirkung gestaffelter Prämienhöhen. Grundidee differenzierter Prämien ist es, die landwirtschaftlichen Betriebe je nach Kosten der Programmteilnahme anhand von beobachtbaren Indikatoren zu gruppieren, anstatt allen potenziellen Teilnehmern die gleiche Prämienhöhe anzubieten. Diese Prämienstaffelung ist kein Selbstzweck. Sie kann vielmehr zum Erreichen der verschiedens-

ten Ziele beitragen. So spielt auf Ebene der EU-Politik beispielsweise die Vermeidung von Überkompensation zur Einhaltung der WTO-Vorschriften im Rahmen der so genannten Green-Box-fähigen Agrarumweltprogramme eine wichtige Rolle. Aus Sicht der nationalen/regionalen Entscheidungsebene können differenzierte Prämien dazu beitragen, eine möglichst große Zielerreichung des Programms (z.B. Umweltleistung) unter quasi fixen Haushaltsausgaben zu gewährleisten (Erhöhung der Budgeteffizienz). Und nicht zuletzt stellt die Ressourceneffizienz aus gesamtwirtschaftlicher Sicht das wesentliche Kriterium für die Beurteilung von Prämiensystemen dar.

Wann sind Prämienstaffelungen effektiv und effizient?

In einigen Programmen wird die Prämienhöhe bereits jetzt nach regionalen oder betrieblichen Charakteristika gestaffelt, zum Beispiel nach der Bodengüte. Studi-

en zur Effizienz und Effektivität derartiger Prämienstaffelungen fehlen bisher aber weitgehend. Im Rahmen von AGRIGRID wurden deshalb auch Analysen für unterschiedlichste Differenzierungskriterien durchgeführt. Die Berechnungen basierten dabei auf Daten aus den nationalen Testbetriebsnetzen in Deutschland, Italien, der Tschechischen Republik und Schottland. Untersucht wurden die Auswirkungen regionaler oder betriebsindividueller Prämienstaffelungen auf Produzentenrenten, öffentliche Ausgaben und die ökonomische Effizienz.

Wirbung in der Praxis oft begrenzt

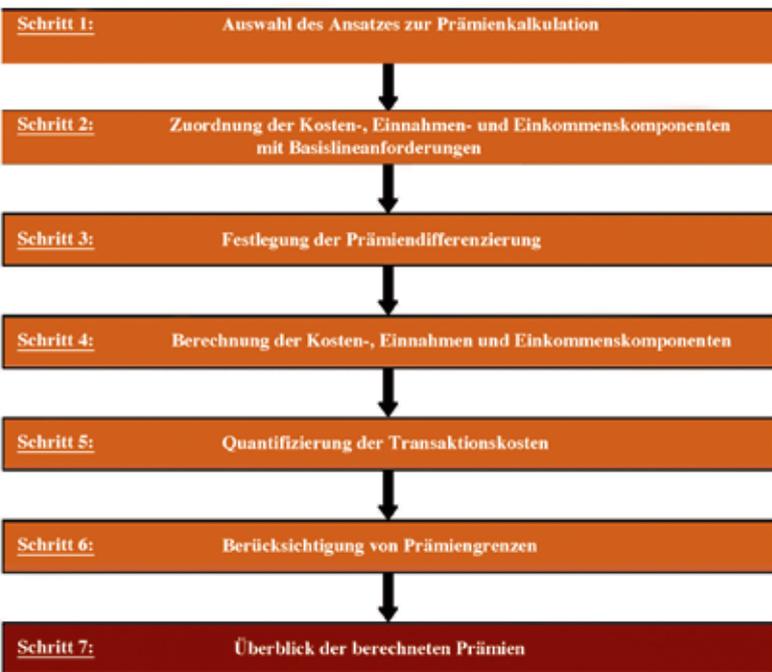
Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, dass mit Hilfe gestaffelter Prämien zwar die bei der Verwendung von Durchschnittsprämien entstehende Überkompensation eines Teils der Programmteilnehmer reduziert werden kann; die Einsparungen öffentlicher Mittel sind jedoch oft nur gering

oder werden zum Teil sogar durch höhere Administrationskosten aufgewogen. Differenzierte Ansätze schneiden umso besser ab, je unterschiedlicher die Teilnahmekosten der landwirtschaftlichen Betriebe, je enger die Korrelation von leicht beobachtbaren Betriebsmerkmalen und den tatsächlichen Teilnahmekosten und je stärker der Zusammenhang von Teilnahmekosten und Umweltleistung ist.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Möglichkeiten für eine kosteneffiziente Prämienstaffelung häufig begrenzt sind. Dies liegt nicht nur an steigenden Verwaltungskosten, sondern vor allem an den großen Unterschieden der einzelbetrieblichen Kosten einer Programmteilnahme, die für die Programmplaner im voraus (ex ante) oft nicht genügend genau bestimmbar sind. Insbesondere fehlt es an leicht beobachtbaren Indikatoren, die hinreichend eng mit den Teilnahmekosten zusammenhängen. Werkzeuge, die Nutzen und Kosten von gestaffelten Prämien ex ante systematischer abzuschätzen helfen, könnten die Programmplaner bei der Identifizierung erfolgversprechender Prämienstaffelungen unterstützen.

Das Ziel: Verhandlungen vereinfachen

Mit der Entwicklung des neuen Kalkulationsinstruments ist vor allem die Erwartung verbunden, die Rechtfertigung von Prämienzahlungen für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und die entsprechenden Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zu vereinfachen. Einige der mit der Programmplanung befassten Vertreter aus verschiedenen Mitgliedstaaten haben auf dem Abschlussworkshop bereits ihr Interesse an der Anwendung der neuen Software geäußert.



Quelle: vTI

Abb.: Die sieben Hauptschritte des Kalkulationsprozesses der Prämienkalkulationssoftware.



Bild: Pambieri / Pixelio

Informationen zum Projekt sowie die Projektberichte sind verfügbar über die Homepage: www.macauley.ac.uk/agrigrid/index.html. Dort wird demnächst auch das Software-Tool zur Verfügung stehen.

Mehr Informationen:

Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)
 Judith Hecht, Hiltrud Nieberg,
 Frank Offermann
 Telefon: 05 31 / 59 65 2 09
 E-Mail: judith.hecht@vti.bund.de,
hiltrud.nieberg@vti.bund.de,
frank.offermann@vti.bund.de

Gerald Schwarz
 Humboldt-Universität zu Berlin
 Telefon: 030 / 20 93 67 87
 E-Mail: schwarzg@agr.ar.hu-berlin.de

Wie lässt sich die Wirkung einer Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors messen?

Von Bernhard Forstner

Eines der zentralen Ziele der gemeinschaftlichen Politik zur Entwicklung ländlicher Räume ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern. Mit Hilfe verschiedener Bewertungskriterien wird ermittelt, inwieweit die Fördermaßnahmen tatsächlich dazu beitragen, das gesetzte Ziel zu erreichen. Doch sind die gängigen Evaluationsverfahren aussagekräftig genug?

Im Durchschnitt der deutschen Länder wird rund ein Viertel der ELER-Mittel für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors verwendet. Die wesentlichen Fördermaßnahmen, die unter dem Schwerpunkt I der ELER-Verordnung zusammengefasst sind, haben

- a) die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (Agrarinvestitionsförderung),
- b) die Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarprodukten (V&V) und
- c) die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur (Flurneuordnung und ländlicher Wegebau) zum Ziel.

Die Förderung von Qualifizierungs- und Informationsmaßnahmen hat mit knapp 2 Prozent der Schwerpunkt-I-Mittel nur ein vergleichsweise geringes Gewicht. Der Hochwasser- und Küstenschutz ist zwar formal ebenfalls dem Schwerpunkt I zugeordnet, trägt aber nur wenig zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors bei.

Individuelle Bewertungskriterien

Wie die Wirkungen der einzelnen Fördermaßnahmen der ländlichen Entwicklungsprogramme untersucht werden, hängt

von der jeweiligen Maßnahme, der untersuchten Wirkungsebene (Unternehmen, Unternehmer, überbetrieblich) und den zentralen Untersuchungsfragen des Gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmens (CMEF) der EU-Kommission ab (siehe Übersicht). Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors. Diese wird anhand der Veränderung der Bruttowertschöpfung (BWS), der Einkommensentwicklung im Sektor und der Marktanteile gemessen. Daneben spielen aber auch die Erhöhung der Nachhaltigkeit (Tier-, Umwelt- und Ressourcenschutz) und die Verbesserung der Produktqualität eine wichtige Rolle. Bei der Untersuchung der sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Fördermaßnahmen werden auch Synergie-, Verdrängungs- oder Verlagerungseffekte berücksichtigt. Einige Ansätze werden im Folgenden exemplarisch dargestellt.

Beispiel Agrarinvestitionsförderung

Die Agrarinvestitionsförderung unterstützt Modernisierungs- oder Wachstumsinvestitionen einzelner Unternehmen. Die Wirkung dieser Fördermaßnahmen wird

anhand der Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Faktorproduktivität (v. a. in Bezug auf Arbeit) und des Unternehmenserfolges (Gewinn und Eigenkapitalbildung) untersucht. Unternehmen, die investive Fördermittel erhalten haben, müssen mehrere Jahre die Jahresabschlussdaten ihrer Buchhaltung der jeweils zuständigen Bewilligungsbehörde übermitteln (Aufgabenbuchführung). Diese Jahresabschlüsse werden mit den bei der Antragstellung einzureichenden Investitionskonzepten im Vorher-Nachher-Vergleich ausgewertet. Durch den Vergleich mit strukturell ähnlichen landwirtschaftlichen Testbetrieben werden auch Politikänderungen und veränderte Preis-Kosten-Gefüge im Betrachtungszeitraum berücksichtigt. Da Investitionswirkungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung eintreten, werden in der Förderperiode 2007–2013 vorwiegend die Förderfälle der vorangegangenen Förderperiode untersucht.

Beispiel Verarbeitung und Vermarktung

Um die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung (V&V) landwirtschaftlicher Primärprodukte zu bewerten, werden





überwiegend die gleichen Indikatoren verwendet wie bei der Bewertung der Agrarinvestitionsförderung. Wichtige Daten hierfür liefert ein standardisierter Betriebserhebungsbogen. Experteneinschätzungen sollen bestehende Informationslücken schließen. Analysebedarf besteht darüber hinaus aus Sicht einzelner Länder z. B. in folgenden Bereichen:

- Kann die Förderung von relativ kleinen V&V-Unternehmen in einem durch Großunternehmen geprägten Markt erfolgreich sein, indem z.B. qualitativ hochwertige Nischenprodukte unterstützt werden?
- Kann ein Regionalvermarktungskonzept dazu beitragen, den Primärsektor im Land zu stärken?

Beispiel Flurneuordnung und ländlicher Wegebau

Diese Infrastrukturmaßnahmen zeichnen sich durch ein großes Ziel- und Wirkungsspektrum aus (siehe auch LandInForm 3/2008, S. 46–47 und 4/2008, S. 38–39). Sie sollen auch in außerlandwirtschaft-

lichen Bereichen wirken, indem sie etwa den Naturschutz oder die Bedingungen für Freizeit und Tourismus verbessern und Flächennutzungskonflikte lösen. Daher wird ein breiter Evaluierungsansatz aus Fallstudien, Befragungen der Landwirte und Modellrechnungen verfolgt, der das Wirkungsspektrum aller drei ELER-Schwerpunkte umfasst.

Mängel in der Evaluierung beheben!

Die Europäische Kommission hat auf Bewertungsdefizite in der Förderperiode 2000 bis 2006 reagiert: Sie hat die Programmierungs-, Monitoring- und Bewertungsvorschriften mit dem CMEF verfeinert und außerdem das Europäische Evaluierungsnetzwerk eingerichtet, das über einen permanenten Ansprechpartner (helpdesk) verfügt. Trotz dieser Ansätze gibt es einige bedeutende Mängel im Bewertungsansatz. So sind die Interventionslogiken – d. h. die Verbindungen zwischen zu lösenden Problemen, den Politikzielen und den gewählten För-

dermaßnahmen – oft wenig schlüssig. Die zur Wirkungsmessung und Analyse von kausalen Zusammenhängen erforderlichen Daten werden häufig nicht erfasst. Zur Ermittlung von Mitnahme- und anderen indirekten Effekten fehlen praxistaugliche methodische Ansätze.

Angesichts dieser beispielhaft genannten Defizite ist zu hoffen, dass der Evaluationsprozess und der erforderliche wissenschaftliche Austausch über Methoden und Ergebnisse die Evaluation qualitativ verbessern. Denn nur aussagekräftige und belastbare Ergebnisse sowie umsetzbare Empfehlungen führen auf Seiten der Politik und Administration zur Akzeptanz der Evaluation und können so einen gesellschaftlichen Nutzen schaffen.

Was heißt „Wettbewerbsfähigkeit“?

Was Wettbewerbsfähigkeit genau heißt, hängt von der jeweiligen Bezugsgröße ab, also davon, ob man einzelne Unternehmen, Regionen oder Sektoren betrachtet. Der Agrarsektor gilt zum Beispiel dann als wettbewerbsfähig, wenn er langfristig Marktanteile auf in- und ausländischen Märkten erringen und verteidigen kann. Dies ist zum Beispiel durch eine kostengünstigere Produktion von Standardprodukten oder aber durch die Erzeugung von höherwertigen Gütern möglich.

Eine kostengünstigere Produktion lässt sich erreichen, wenn strukturelle Defizite beseitigt werden. Solche Defizite werden zum Beispiel in Westdeutschland in den häufig anzutreffenden kleinen Produktionseinheiten (Tierbestände, bewirtschaftete Flächen, Schlaggrößen, etc.), in Ostdeutschland im Mangel an wertschöpfungsintensiven Erzeugungsbereichen (z.B. Tierhaltung, Gartenbau) gesehen. Defizite bestehen aus politischer Sicht teilweise auch auf der Verarbeitungs- und Vermarktungsebene. Eine bessere Abstimmung der Produktionsebenen über die Stufen der Wertschöpfungskette hinweg kann zur Verbesserung der Produktqualität und -sicherheit, zu Kosteneinsparungen und zu einer stärkeren Marktposition führen (siehe auch Beitrag S. 12–13).

Mehr Informationen:

Bernhard Forstner
 Johann Heinrich von Thünen-Institut
 Institut für Betriebswirtschaft
 Telefon: 05 31 / 596 52 33
 E-Mail: bernhard.forstner@vti.bund.de

Wie ist der Beitrag der Förderung zur ...	Indikatoren
1. Kernfrage: ...Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors?	Bruttowertschöpfung (BWS), Arbeitseinkommen, Marktanteile
2. Teilfragen: ... besseren Nutzung der Produktionsfaktoren (insbesondere Arbeitsproduktivität)?	BWS, Einkommen je Arbeitskraft
... Einführung neuer Technologien und von Innovationen?	Fallweise zu ermitteln (z.B. Einführung neuer Melktechniken, Prozess- und Produktneuheiten)
...Verbesserung der Qualität erzeugter Produkte?	Definierte Qualitätsstandards (z.B. EU-Biosiegel)
...Verbesserung des Tier-, Umwelt- und Ressourcenschutzes (Nachhaltigkeit)?	z.B. Tiergerechtheitsindex gemäß Nationalem Bewertungsrahmen, Emission umweltschädlicher Gase

Zentrale Fragen des CMEF zu den Fördermaßnahmen der ELER-Achse I
 Quelle: Europäische Kommission (2007): CMEF; eigene Angaben.

Die Wiederbelebung von Innenstädten und Ortskernen:

Regionale Ansätze sind gefragt



Von Marco Neef

Innenstädte und Ortskerne stärken – das haben sich viele Gemeinden auf die Fahnen geschrieben. Nicht ohne Grund, denn der Leerstand von Gebäuden wird sich ob des demografischen Wandels vielfach noch verstärken. Bisher reduziert sich die Förderung entsprechender Aktivitäten aber auf lokale Projekte und Maßnahmen. Warum der regionale Ansatz stärker berücksichtigt werden sollte, zeigt der folgende Beitrag.

Bild: Ute Zöllner

Bisher wurden und werden Neubaugebiete oftmals großzügig am Ortsrand von Dörfern und Städten erschlossen. Vorhandene Wohnraum- und Grundstückspotenziale in Innenstädten und Ortskernen bleiben dabei häufig ungenutzt – mit zunehmend dramatischen Folgen: In den Innenstädten und Dorfkernen leben immer weniger Menschen. Dadurch werden vorhandene Sozialstrukturen nachhaltig zerstört. Angesichts dieser Entwicklungen nimmt der Wertbestand von Dörfern und Städten kontinuierlich ab. Studien zeigen zudem, dass ein Wachstum in die Fläche in aller Regel deutlich höhere Infrastrukturkosten verursacht als eine stärker nach innen gerichtete Siedlungspolitik. Flächenverbrauch schadet also nicht nur der Umwelt, sondern kostet auch Geld.

Leerstände transparent machen

Viele Initiativen der Regionalentwicklung widmen sich angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen der Innenentwicklung von Dörfern und Städten. Diese ist jedoch kein Selbstläufer: Die Zukunftsfähigkeit von Regionen und Kommunen wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, einen entsprechenden Gestaltungsrahmen zu erstellen. Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden, denn geeignete Instrumente sind mittlerweile bekannt und können genutzt werden.

Ein zentrales Steuerungsinstrument für Innenentwicklung ist beispielsweise die qualifizierte Erhebung und Bewertung vor-

handener Flächenpotenziale in Form eines Leerstandskatasters. Das Kataster sorgt für die erforderliche Transparenz, um Maßnahmen abzustimmen und Ziele zu entwickeln. Weitere Instrumente umfassen zum Beispiel Aktivierungsstrategien. Dazu gehören die finanzielle Förderung von Bau- bzw. Sanierungsvorhaben und die Umnutzung leer stehender Bausubstanz, aber auch die Information und Sensibilisierung der Akteure sowie eine gezielte Vermarktung von Leerständen, zum Beispiel durch Gebäudebörsen.

Lahn-Taunus-Region wird aktiv

Die ILE-Region Lahn-Taunus mit den rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinden Bad Ems, Katzenelnbogen und Nassau widmete 2006 dem Thema Leerstand auf überörtlicher Ebene eine Arbeitsgruppe im Rahmen der Erstellung eines Integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK). Das von der Arbeitsgruppe entwickelte Projekt setzt, basierend auf den Erfahrungen anderer Regionen, von 2007 bis 2009 für die Region Lahn-Taunus folgende Punkte um: Erfassung und Auswertung innerörtlicher Leerstände und Baulücken der Ortsgemeinden in einem Leerstandskataster; Errichtung einer internetbasierten Gebäudevermittlungsbörse; Motivierung der Eigentümer leer stehender Gebäude und ungenutzter Grundstücke, diese zu verkaufen, zu vermieten oder selbst zu nutzen bzw. in der Gebäudevermittlungsbörse zu veröffentlichen; Information und Sensibilisierung der Öff-

Die Projektgruppe „Leerstandskataster und Vermittlungsbörse“ macht sich anhand des Leerstandskatasters ein Bild von den Leerständen im Ortskern von Dausenau.

fentlichkeit, der Eigentümer und politisch Verantwortlichen durch eine projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Unerwartet hohes Flächenpotenzial

Die Erhebung in den Dörfern der Verbandsgemeinden hat eine große Zahl von Leerständen und enorme Flächenreserven ans Licht gebracht. Diese waren oftmals höher, als von Politik und Verwaltung erwartet. Die aufbereiteten Daten dienen den Ortsgemeinden jetzt vor allem für weitere Planungen in der Dorfentwicklung. Derzeit werden die Ergebnisse so aufbereitet, dass eine verbandsgemeindeübergreifende Vermarktung der Bauflächenreserven und Häuserbestände im Rahmen einer Gebäudevermittlungsbörse möglich wird.





Bild: Gebhard Linscheid



Bild: Gebhard Linscheid

Beteiligung und Neuordnung: Die Gemeinde Winden in der ILE-Region Lahn-Taunus erwirbt und vermittelt Gebäude. Eine fachliche Prüfung entscheidet über die Erhaltung. Wenn die Bausubstanz keine Sanierung oder Modernisierung ermöglicht, erfolgen grundlegende bauliche und gestalterische Veränderungen. Hier wurde ein altes Gebäude (links) durch einen Neubau (rechts) ersetzt.

Schwachpunkt sind fehlende Fördermöglichkeiten

Leider war es im Rahmen der ILE nicht möglich, für die durchgeführten Maßnahmen Fördermittel zu erhalten. Zwar wurden vergleichbare Projekte in Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit gefördert, jedoch als Pilotprojekte im Rahmen der Dorferneuerung und des Städtebaus, der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) oder des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP). Das Akquirieren von Fördermitteln über die Dorferneuerung hätte eine Beschränkung auf Gemeinden mit Dorferneuerungskonzept bedeutet. In der Lahn-Taunus-Region wurde aber bewusst ein regionaler Ansatz angestrebt: Es sollten alle Ortsgemeinden aufgenommen werden – mit der späteren Option einer Ausdehnung auf den Rhein-Lahn-Kreis. Da die Idee regionaler Leerstandskataster bereits seit längerem besteht, handelte es sich um keinen „innovativen“ Ansatz; damit waren die Maßnahmen auch nicht über das rheinland-pfälzische Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (PAUL) förderfähig.

Regionaler Ansatz hat jede Menge Vorteile

Innerörtliche Entwicklung findet zwar in jedem Dorf für sich statt, ein regionaler Ansatz bietet bei der Initiierung innovativer Prozesse der Dorffinnenentwicklung aber zahlreiche Vorteile:

- Mit dem interkommunalen Einsatz von Instrumenten wie Leerstandskatastern und Vermittlungsbörsen können Kosten gespart werden, was – auch vor dem Hintergrund knapper Haushalte – zu wirtschaftlich tragfähigen Lösungen führt.
- Know-how wird gebündelt und kann bei Bedarf von den Ortsgemeinden abgerufen werden.
- Gemeindeübergreifende Denkweisen werden gefördert, Leitgedanken und Handlungsziele, die für alle Kommunen gleichermaßen gelten, gebündelt. Dazu gehören die Herstellung von Transparenz, die Entwicklung eines positiven Leitbildes und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.
- Es ist gut vorstellbar, dass aus einem regionalen Projekt eine interkommunale Initiative zur Innenentwicklung entsteht und die häufig hinderliche Konkurrenz um Einwohner und neue Bauplätze auflöst.
- Erklärtes Ziel dieses regionalen Ansatzes ist es, das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Lokaler Ansatz (noch) im Fokus

Mehrere Bundesländer haben Modellprojekte aufgelegt, in denen beispielhafte Projekte zur Vermeidung von Neubaugebieten im Außenbereich und zur Aktivierung innerörtlicher Potenziale gefördert werden. Die Förderung beschränkt sich jedoch zumeist auf lokale Ansätze, wie im „Modellprojekt

zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung innerörtlicher Potenziale“ (MELAP) in Baden-Württemberg (siehe Beitrag S. 34-35), dem „Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch innerörtliche Entwicklung“ (MELanie) im Saarland oder dem Aktionsprogramm „Dorf vital“ in Bayern. Mit dem Modellprojekt „FLIZ – Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit“ förderte das bayerische Umweltministerium aber ausdrücklich einen regionalen Ansatz. Von Juni 2007 bis Ende 2008 entwickelten hier zehn Gemeinden der Interkommunalen Allianz „Oberes Werntal“ Strategien des gemeinsamen Flächenmanagements.

Auch Bürgerengagement ist erforderlich

Erfahrungen zeigen, dass die Innenbelebung von Dörfern und Städten mit der Hilfe von Fördermitteln möglich ist. Interkommunale Leerstandskataster und Vermittlungsbörsen sind dafür geeignete Instrumente auf regionaler Ebene. Leere Häuser und Geschäfte in der Ortsmitte wiederzubeleben, geht aber nur mit dauerhaftem Engagement der Bürger und einer starken Identifikation mit dem Wohnort. Hier entstehen Synergieeffekte, die durch entsprechende Förderungen im Rahmen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum gezielt unterstützt werden sollten. Gleichzeitig bleibt den Dörfern genügend Spielraum, ihre eigenen Strategien im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen zu entwickeln.

Hier hat sich die Gemeinde aktiv am Bodenverkehr beteiligt, die Grundstücke neu geordnet und an Bauwillige veräußert.



Bild: Gebhard Linscheid



Bild: Gebhard Linscheid

Informationen zum Projekt „Leerstandskataster und Vermittlungsbörse“ der ILE-Region Lahn-Taunus finden Sie unter: www.ilek-lahn-taunus.de.

Mehr Informationen:

Marco Neef
 Institut für Ländliche Strukturforchung
 Telefon: 069 / 97 78 57 78
 E-Mail: neef@ifls.de
www.ifls.de

„Natürlich Rügen“ –

Voller Energie

Von Uwe Ambrosat

Die Insel Rügen hat sich zum Ziel gesetzt, langfristig energieautark zu werden. Mit seinem Konzept „Natürlich Rügen“ – Voller Energie hat der Insellandkreis die Jury des Bundeswettbewerbs „Bioenergie-Regionen“ überzeugt.

Netzwerke mit innovativen Konzepten, die die Chancen der Bioenergie für sich nutzen und so die regionale Wertschöpfung erhöhen und Arbeitsplätze schaffen: Unter dieser Vorgabe hat sich der Landkreis Rügen zusammen mit über 200 weiteren Bewerbern am Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums beteiligt. Und Ende Februar 2009 als einer von 25 Siegern den Zuschlag erhalten.

Viele Projekte, ein Ziel

Dabei sind die Projektansätze ebenso vielfältig wie die Insel selbst. Nur der Tourismus als stärkster Wirtschaftszweig und das regionale Handwerk ziehen sich als „Rote Fäden“ durch alle Konzepte. Insgesamt 31 konkrete Projektskizzen und mehr als 60 Absichtserklärungen für eine Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen wurden eingereicht. Dabei lautet das übergreifende Ziel: Rügen soll langfristig weitgehend energieautark werden. Dies soll durch eine konsequente Energieeinsparung, die Erhöhung des Bioenergieanteils am Gesamtenergieverbrauch auf 30 Prozent bis 2020 und eine stärkere Nutzung aller anderen regenerativen Energiequellen erreicht werden. Zur Gewinnung der Bioenergie sollen vor allem der Bioabfall aus Tourismus und Landschaftspflege, Klärschlamm und die im Sommer anfallenden Algen eingesetzt werden.

Leuchttürme – mehr als Navigationshilfen

Einige Projekte, die besonders geeignet zum Erreichen der gesetzten Ziele erscheinen, wurden dabei als „Leuchtturmprojekte“ ausgewählt:

- RPNV-Projekt (Rügener Personennahverkehrs GmbH): Biogas, das aus dem Abfall der Tourismusbranche gewonnen wird, dient als Treibstoff für Busse und sichert in der Tourismusregion kostengünstige und nachhaltige Transportmöglichkeiten;
- Bioerdgas Rügen: Eine Biogasanlage versorgt Hotels und Einwohner mit Energie;
- Biomassehof und Rohstoffkonzept Knyphausen: Ziel sind die hohe Ausnutzung regional verfügbarer Bioenergieträger sowie eine umwelt- und klimafreundliche Landwirtschaft.
- Energiekonzept Hiddensee: Hier wird Landschaftspflege als Energiequelle betrieben; die „Hiddenseer Erfahrungen“ sollen dann auf Gemeinden auf Rügen übertragen werden.

Umwelt und Wirtschaft profitieren

Zwar ist die Insel Rügen aufgrund ihrer natürlichen Ausstattung eine sehr beliebte Urlaubsregion; durch die schlechte Wirtschaftssituation und die damit verbundenen geringen beruflichen Perspektiven ist

sie jedoch stark von Abwanderung gekennzeichnet. Das Konzept der Bioenergie-Region soll der Insel durch die Konzentration von Wissenschaft, Innovationen und Investitionen, aber auch durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit neue Chancen eröffnen, um die weitere Abwanderung zu stoppen und qualifizierte Fachkräfte anzuziehen.



Bild: Markus Kräft / Pixello



Die Macher

Antragsteller für die Teilnahme am Bundeswettbewerb war die Handwerkerschaft Rügen, die bereits seit 2005 durch Öffentlichkeitsarbeit, Schulungen und Weiterbildungen in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und regenerative Energien aktiv ist. Begleitet wurde der Antragsprozess von der Lokalen Aktionsgruppe Rügen, die den „Einsatz erneuerbarer Energien“ als Entwicklungsziel bereits mit dem LEADER-Programm umsetzte. Eine Koordinierungsstelle sorgt für die Unterstützung, Information und Zusammenarbeit aller Netzwerkpartner. Sie wird durch einen interdisziplinär besetzten Beirat beraten und gelenkt. Die Fachhochschule Stralsund begleitet und evaluiert die Netzwerkarbeit.

Mehr Informationen:

Uwe Ambrosat
Kreishandwerkerschaft Rügen
Telefon: 038 38 / 220 04
E-Mail: ambrosat@handwerk-ruegen.de
www.handwerk-auf-ruegen.de

Transnationale Zusammenarbeit stärkt Kommunen und Regionen

Von Kerstin Greiling

Im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) können Regionen, Städte, wissenschaftliche Einrichtungen und private Akteure gemeinsam Lösungen zu raumrelevanten Fragen erarbeiten. Ermöglicht und gefördert wird dies im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ des europäischen Strukturfonds EFRE.

Die Durchführung von Projekten über Grenzen hinweg sorgt nicht nur für eine ausgewogene und nachhaltige Raumentwicklung in Europa, sondern fördert zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. Daher ist die Zusammenarbeit sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene ein großer Erfolg der Europäischen Union.

Zusammenarbeit lohnt sich!

Der gleichwertige Zugang zu Einrichtungen und Dienstleistungen ist ein wichtiger Bestandteil der räumlichen Planung auf kommunaler und regionaler Ebene. Er steht daher im Fokus der INTERREG-IV-B-Förderung. Unzureichende Anbindungsqualität zum Beispiel im Öffentlichen Personennahverkehr oder bei Breitband-Internetanschlüssen sind nur einige Probleme, die häufig gerade ländliche Regionen betreffen. Fehlende Dienstleistungsangebote und Infrastruktureinrichtungen wirken sich negativ auf die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen aus. Diesem Problem stehen nicht nur deutsche Kommunen gegenüber. So haben sich zum Beispiel im Rahmen des INTERREG-IV-B-Programms neun regionale Akteure aus fünf Ländern im Projekt „Access – Im-

proving accessibility of services of general interest. Organisational innovations in rural mountain areas“ zusammengetan, um gemeinsam nach übertragbaren Lösungen und Strategien für betroffene Regionen im Alpenraum zu suchen.

Was wird wo gefördert?

Deutsche Partner können in fünf Kooperationsräumen Projekte durchführen. Dazu zählen der Nord- und Ostseeraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa sowie der Alpenraum. In diesen fünf Kooperationsräumen stehen bis 2013 EU-Fördermittel in Höhe von rund 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung (Ostseeraum: 208 Mio. □ Mitteleuropa: 246 Mio. □ Nordseeraum: 139 Mio. □ Nordwesteuropa: 355 Mio. □ und Alpenraum 98 Mio. □). Die thematischen Schwerpunkte für Projekte sind in den so genannten Prioritäten der einzelnen Kooperationsraumprogramme vorgegeben. Die Schaffung und Entwicklung von Wissenschafts- und Technologiennetzen und die Aufwertung regionaler Kapazitäten für Forschung und technologische Entwicklung sind Teil des Schwerpunkts „Innovation“. Projekte, die Aktivitäten zur Wasserbewirtschaftung und Energieeffizienz sowie Maßnahmen im Bereich der Risikoverhütung und des

Umweltschutzes mit transnationaler Dimension umsetzen möchten, finden sich im Schwerpunkt „Umwelt“ wieder. Innerhalb des Schwerpunkts „Erreichbarkeit“ können Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu und der Qualität von Verkehrs- und Telekommunikationsdienstleistungen realisiert werden. Das Thema „nachhaltige Stadtentwicklung“ bildet den Rahmen für den vierten Schwerpunkt. Hierbei steht die Förderung der polyzentrischen Entwicklung auf transnationaler, nationaler und lokaler Ebene im Vordergrund.



Bild: Rita Köhler / Pixelio

Wissenswertes im Netz

Weitere Informationen zur transnationalen Zusammenarbeit und zu den Ansprechpartnern der jeweiligen Kooperationsräume in Deutschland finden Sie unter www.interreg.de sowie auf den Websites der Programmsekretariate www.alpine-space.eu, www.central2013.eu, www.northsearegion.eu, www.nweurope.eu, www.eu.baltic.net.

Mehr Informationen:

Kerstin Greiling
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Referat I 3 Europäische Raum- und Stadtentwicklung
Telefon: 02 28 / 994 01 14 18
E-Mail: kerstin.greiling@bbr.bund.de



INTERREG IVB



Baltic Sea Region
Programme 2007-2013



Rückenwind für Gründerinnen

Von Edith Trossen-Pflug

Ob angehende Unternehmerin oder bereits erfolgreiche Geschäftsführerin: Frauen haben in Verhandlungen oft eine schwächere Position als Männer und werden weniger akzeptiert. Auch nutzen sie weitaus seltener berufliche Netzwerke. Das sollte – und kann – sich ändern, meinen die Expertinnen des Deutsche Gründerinnen Forums.

Das Deutsche Gründerinnen Forum (DGF) mit Geschäftsstelle in Rostock ging 1997 aus der Arbeit einer vom Bundesforschungsministerium ins Leben gerufenen Expertinnengruppe hervor. Seitdem hat es sich als Netzwerk von Organisationen und Expertinnen bundesweit etabliert, um gemeinsam die Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Jungunternehmerinnen zu verbessern.

Beraten, fördern, aufklären

Das DGF berät Unternehmensgründerinnen und Multiplikatorinnen und initiiert Projekte, die Frauen auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Gleichzeitig entwickelt es

Qualitätsstandards für eine zielgruppengerechte Gründungsberatung. Damit sich die politischen Rahmenbedingungen für Gründerinnen, Gründungsberaterinnen und zielgruppenspezifische Einrichtungen verbessern, ist das DGF zudem in der Lobbyarbeit und Politikberatung aktiv. Zum Beispiel berät es Parteien und Institutionen in bezug auf ihre Grundsatzprogramme zu Fördermaßnahmen für Existenzgründerinnen berät. Ein wesentlicher Erfolg dieser Arbeit auf Ministeriumsebene ist die Gründung der bundesweiten Gründerinnenagentur bga (www.gruenderinnenagentur.de). Zudem bemüht sich das DGF durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, ein realitätsnahes und zukunftsorientiertes Unternehmerinnenbild zu vermitteln.

Konkreter Nutzen für Gründerinnen

Wie aber können Einzelunternehmerinnen und Organisationen konkret von den Leistungen des DGF profitieren? Mitglieder erhalten zum Beispiel zahlreiche Informationen, etwa den Vereins-Newsletter sowie spezielle Neuigkeiten zu Ausschreibungen, Projekten und neuesten Forschungsergebnissen. Sie haben zudem die Möglichkeit, sich an DGF-Projekten zu beteiligen und können auf eine Datenbank mit hilfreichen Statistiken und Studien sowie auf den Expertinnenpool für Kooperationen zurückgreifen. Auch erhalten sie einen Rabatt auf Fortbildungsveranstaltungen. Daneben sind die Vermittlung von Kontakten in verschiedene Organisationen und telefonische Vorabinformationen durch Expertinnen aus dem Netzwerk möglich. Dabei ist gewährleistet, dass Anfragen an die Geschäftsstelle direkt an die Expertinnen weitergeleitet und von diesen bearbeitet werden.

Sowohl Organisationen als auch einzelne Frauen können Mitglied im DGF werden. Die Anträge werden bei der Geschäftsstelle eingereicht. Der Mitgliedsbeitrag richtet sich danach, ob man als Einzelunternehmerin oder Organisation beitrifft sowie nach der Organisationsgröße und dem Leistungsangebot, das in Anspruch genommen werden soll.

Erfolgreich am Markt – dank Beratung

Frauenspezifische Beratungsangebote wirken sich positiv auf die Unternehmensgründungen von Frauen aus. So ist zum Beispiel



Bild: privat

Regel Gedankenaustausch beim Unternehmerinnenkongress in Oldenburg



Bild: Albrecht E. Arnold / Pixelio

die Existenzgründungsagentur für Frauen (EFA) Mitglied im DGF und nach deren Qualitätsstandards zertifiziert. Sie bietet im Raum Oldenburg/Delmenhorst seit Jahren erfolgreich zielgruppenorientierte Beratung, Qualifizierung und Vernetzung an. Die EFA verfolgt einen sozioökonomischen Beratungsansatz. Neben Einzelgesprächen zur Planung und Festigung der Selbstständigkeit bietet sie Workshops an, in denen die Frauen die Umsetzung des Business-Plans und die Führung des eigenen Unternehmens lernen. Einen Schwerpunkt bilden Vernetzungsangebote über monatliche Infobriefe, Kooperationsbörsen, Unternehmerinnen-Netzwerke und Veranstaltungen wie Kongresse und Visitenkartenpartys. Der Ansatz kommt an, wie Befragungen von Kundinnen im Raum Oldenburg/Delmenhorst belegen: Durchschnittlich 52 Prozent der Befragten haben sich selbstständig gemacht, weitere 17 Prozent befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in Gründung. Auch zwei bis drei Jahre nach der Gründung sind 89 Prozent der EFA-Kundinnen noch am Markt.

Qualitätsmodell schafft Transparenz

Ein wichtiges Ergebnis der langjährigen DGF-Arbeit ist das bundesweit einheitliche Qualitätsmodell für zielgruppenspezifische Organisationen der Gründungsunterstützung. Es beinhaltet 28 Standards in 6 Qualitätsbereichen:

- Leitbild der Organisation
- Leitung / Führung / Strategie
- Mitarbeiter/innen und Ressourcen

- Schlüsselprozesse der Dienstleistungserbringung
- Evaluation / Controlling und kontinuierliche Verbesserung
- Kommunikation mit den Kunden/Kundinnen

Entwickelt wurden die Standards sowie das Prüfverfahren 2006/2007 im Rahmen eines Experten-Ausschusses, an dem Anwender, Qualitätsfachleute sowie öffentliche Entscheidungsträger beteiligt waren. Seit 2008 ist es im Regelbetrieb.

„Das DGF-Qualitätsmodell schafft Transparenz und einen Leistungsnachweis gegenüber Gründerinnen und Förderinstanzen sowie effiziente Abläufe in Beratungsorganisationen“, so Dr. Birgit Buschmann, DGF-Vorstand und Leiterin des DGF-Qualitätsentwicklungsausschusses. „Wichtig war uns, dass Beratungsorganisationen sich durch eine neutrale und kompetente Prüfinstanz – die CERTQUA GmbH – zertifizieren lassen können. Zudem bieten wir interessierten Organisationen individuelle Begleitangebote zur Einführung eines Qualitätsmanagements und zur Vorbereitung auf eine Zertifizierung an.“

Kooperation zahlt sich aus

Kooperationen gelten als eine effiziente und zukunftsgerichtete Wirtschafts- und Arbeitsform und sind ein nicht zu unterschätzender Wertschöpfungsfaktor, gerade für Freiberuflerinnen und Unternehmerinnen mit kleineren und mittleren Betrieben. Hierzu ein Beispiel: Aus einem in Rheinland-Pfalz durchgeführten ESF-geförderten

Beratungsprojekt für Existenzgründerinnen sind etliche Kleinstgründungen hervorgegangen. Deren Unternehmerinnen haben sich stark vernetzt. Sie verabreden sich regelmäßig zu Veranstaltungen, präsentieren sich gemeinsam auf Messen und Ausstellungen und reduzieren dadurch unter anderem die entstehenden Werbekosten. Auch in Hessen baut sich ein neues regionales Unternehmerinnen-Netzwerk in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises Groß-Gerau auf. „Die notwendigen Aktivitäten hätte ich ohne die Informationen durch das DGF in dieser Form nicht durchführen können“, so die Initiatorin der Netzwerke. „Ich bekomme über das DGF zum Beispiel Infos über ESF-Fördermöglichkeiten. Damit kann ich kleinere Projekte für Existenzgründerinnen initiieren und entsprechende Seminare und Schulungen anbieten.“

Nicht zurücklehnen

Die Arbeit des DGF hat bisher viele Früchte getragen. Es ist gelungen, Politikerinnen und Politiker in vielen Fragen zu sensibilisieren. Auch wird die Zusammenarbeit mit den Bundesministerien für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ), Arbeit und Soziales (BMAS) und Technologie und Wirtschaft (BMWi) durch Gespräche des DGF-Vorstands und die Beteiligung an Veranstaltungen kontinuierlich gepflegt. Viele Projektaktivitäten haben zu wichtigen Kooperationen geführt, etwa mit der GLS Gemeinschaftsbank und dem Verband Deutscher Technologiezentren (ADT). Dennoch ist auch in Zukunft noch viel zu tun. Für das kommende Jahr ist die bundesweite Aktion „Infobörsen – Wiedereinstieg für Frauen in die Selbstständigkeit“ in Vorbereitung. Auch zahlreiche weitere Informationsveranstaltungen, zum Beispiel zum DGF-Qualitätsmodell, sind bereits in Planung.

Das DGF im Netz

Informationen zu aktuellen Veranstaltungsterminen sind direkt über die Geschäftsstelle oder über die Website des DGF erhältlich. Unter www.dgfev.de/DGF_Zertifizierung.html finden Sie auch detaillierte Informationen zum DGF-Qualitätsmodell.

Mehr Informationen:

Bundesgeschäftsstelle des DGF e.V.
Telefon: 0381 / 120 48 85
E-Mail: info@dgfev.de
www.dgfev.de

Edith Trossen-Pflug
Vorstand DGF e.V.
Telefon: 067 32 / 96 47 33
E-Mail: info@etepemarketing.de



Bild: Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“

LAG & Fachhochschule: Gute Partner in der Regionalentwicklung

Von Meike Lücke

Besonders bei anspruchsvollen, komplexen und neuartigen Projekten zur Regionalentwicklung muss die Projektidee im Vorfeld gut durchdacht werden, um eine erfolgreiche Umsetzung sicherzustellen. Doch nicht immer erlauben die Förder Richtlinien der Länder eine von der Projektumsetzung unabhängige Konzeptstellung. Das Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“ hat dennoch eine Lösung gefunden – in der Kooperation mit der Fachhochschule Osnabrück.

Das regionale Entwicklungskonzept „Siellandschaft Wesermarsch“, mit dem sich die Wesermarsch erfolgreich um die Teilnahme am Leader-Förderprogramm beworben hat, enthält Projektideen, die aus vielfältigen Anregungen und Wünschen von insgesamt 450 aktiven regionalen Akteuren erarbeitet worden sind. Dazu gehört auch das Leitprojekt „Tidefenster Wesermarsch“: Es soll Einheimischen und Gästen an ausgewählten Stellen der Wesermarsch auf innovative, kreative und anschauliche Weise vermitteln, wie abhängig die Wesermarsch als küstennaher Landstrich von den Einflüssen der umgebenden Gewässer ist. Dabei soll besonders auf Veränderungen in Zusammenhang mit dem Klimawandel hingewiesen werden.

Hemmnisse geschickt umschifft

Doch wie sollen Machbarkeit und Sinnhaftigkeit eines Projektes fundiert untersucht und seine Ausgestaltung gründlich geplant werden, wenn ein Konzept nach den Leader-Richtlinien nur förderfähig ist, wenn aus einer Voruntersuchung oder einer Konzeptstudie auch zwingend richtlinienkonforme Umsetzungsmaßnahmen hervorgehen? Die Ergebnisoffenheit und der hohe kreative

Anspruch des Projektes „Tidefenster Wesermarsch“ waren mit den geltenden Leader-Fördermöglichkeiten nicht in Einklang zu bringen. Ebenso die Tatsache, dass für das Projekt noch kein konkreter Projektträger benannt werden konnte. Um die weitere Ausgestaltung der Projektidee dennoch zu ermöglichen, suchte das Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“ nach einer Alternativlösung – und fand diese in der Kooperation mit der Fachhochschule Osnabrück.

Die Professorinnen Dr. Kathrin Kiehl und Verone Stillger stellten den Studierenden des Bachelor-Studienganges „Landschaftsentwicklung“ die Projektidee „Tidefenster“ als Semesteraufgabe. Entstanden ist daraus die umfangreiche Konzeptstudie „Tidefenster Wesermarsch“, in der eine vierköpfige Arbeitsgruppe die landschaftsgeschichtlichen und planerischen Verhältnisse analysiert, die Leitprojektidee weiterentwickelt und darauf aufbauend innovative und praktikable Maßnahmen zur Umsetzung erarbeitet hat. Nicht alle dieser Maßnahmen eignen sich für eine Förderung über das Leader-Programm, doch der nachhaltigen Regionalentwicklung können sie alle dienen. Die Studie wurde von den Autoren öffentlich vorgestellt und stieß bei Lokalpolitikern, Tourismusfachleuten, Mit-

gliedern der Lokalen Aktionsgruppe, Pressevertretern und Bürgern auf großes Interesse.



Bild: Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“

Ein Gewinn für beide Partner

Die Kooperation zwischen Leader-Region und Fachhochschule hat sich für beide Partner als sehr fruchtbar erwiesen. Die Wesermarsch profitierte von den kreativen, frischen Ideen des wissenschaftlichen Nachwuchses und dem geringen Verwaltungsaufwand. Im Gegenzug konnten die Studierenden ihr noch junges Wissen an einer realen Planungsaufgabe erproben – und bekamen positive Resonanz durch das große Interesse wichtiger regionaler Akteure und durch die öffentliche Anerkennung. Ihre Ergebnisse fristen nicht – wie so viele andere gute studentische Arbeiten – ein Dasein in dunkler Schublade, sondern sie sind wichtiger Bestandteil der nachhaltigen Regionalentwicklung: Einige Ideen können realisiert werden, andere dienen als Keimzelle für weitere Projektschöpfungen und leben so in den Köpfen der Wesermärcher weiter.

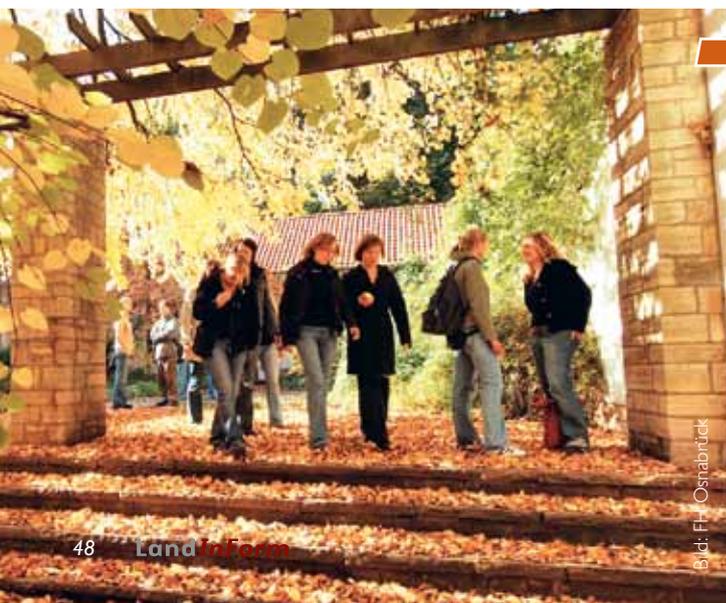


Bild: FH Osnabrück

Mehr Informationen:

Landkreis Wesermarsch
Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“
c/o Wirtschaftsförderung
Wesermarsch GmbH
Meike Lücke
Telefon: 04 4 01 / 99 69 02
E-Mail: m.luecke@wesermarsch.de
www.wesermarsch-in-bewegung.de

Fachhochschule Osnabrück
Fakultät Agrarwissenschaften &
Landschaftsarchitektur
Prof. Verone Stillger
Telefon: 05 41 / 969 51 81
E-Mail: v.stillger@fh-osnabrueck.de
www.al.fh-osnabrueck.de/landschaftsentwicklung.html
www.al.fh-osnabrueck.de/landschaftsarchitektur-und-regionalentwicklung.html

Der Deutsche Landkreistag – ein Förderer ländlicher Räume

Bild: Digiflex / Pixelio

Von Markus Mempel

Der Deutsche Landkreistag vertritt die 301 Landkreise in Deutschland. Als kommunaler Spitzenverband macht er sich gegenüber dem Bund dafür stark, dass Potenziale und Entwicklungschancen der ländlichen Räume wahrgenommen, genutzt und durch (wirtschafts)politische Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Das Arbeitsspektrum des Deutschen Landkreistags (DLT) ist vielfältig; es reicht von Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge, des Schulwesens, der Wirtschaftsförderung, der kommunalen Arbeitsmarktpolitik und der Sparkassen über Belange des Sozial-, Jugend- und Gesundheitswesens sowie der Lebensmittelkontrolle bis hin zu Themen des eGovernments und der Verwaltungsmodernisierung. Ein Schwerpunkt der Arbeit des DLT liegt in der Vertretung der Interessen des ländlichen Raumes. Die Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebens-, Arbeits- und Entwicklungsbedingungen im Verhältnis zum großstädtischen Bereich ist ein weiteres Ziel.

Mehr Gestaltungsspielraum für Kommunen und Regionen

Um dies zu erreichen, setzt sich der DLT beispielsweise für die Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten neben der klassischen Landwirtschaft ein und plädiert für eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hin zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum insgesamt. In dieser Frage unterstützt er die Politik des zuständigen Bundesministeriums: Neben dem Erhalt

der Landwirtschaft als bedeutender Strukturfaktor ist es notwendig, kleine Unternehmen, Dienstleister und Handwerker im ländlichen Raum zu unterstützen, um die Wirtschaftskraft insgesamt zu stärken. Der DLT setzt sich außerdem dafür ein, die bestehenden Förderinstrumente um ein Regionalbudget zu ergänzen. Dies würde Kommunen und Regionen mehr Flexibilität bei ihren wirtschaftlichen Eigengestaltungskräften ermöglichen. Dieser Ansatz wurde jüngst im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ umgesetzt. Hier wird den Ländern in einem bis zunächst 2013 befristeten Modellversuch ermöglicht, den Regionen ein selbstverantwortlich zu bewirtschaftendes Budget zur Regionalförderung an die Hand zu geben.

Land und Stadt miteinander verbinden

Neben seinem fachlichen Engagement sieht der DLT es als absolut notwendig an, die Anliegen des ländlichen Raumes einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie den Gedankenaustausch der Landkreise untereinander zu fördern. So beteiligt sich der DLT seit zwei Jahren mit einem eigenen Stand an der Internationalen Grünen Woche (IGW). Unter dem Motto „Landkreise verbinden“ wurde beispielsweise auf



**DEUTSCHER
LANDKREISTAG**

der IGW 2009 veranschaulicht, auf welche Weise es gelingen kann, verschiedene, oft als gegensätzlich wahrgenommene Aspekte – wie Stadt und Land, Hightech-Industrie und dörfliche Strukturen, Kultur und ländlichen Raum sowie Wettbewerbsfähigkeit und demografischen Wandel – lebenswert miteinander zu verbinden.

Der Deutsche Landkreistag

Der DLT deckt mit 96 Prozent der Fläche und knapp 56 Millionen Einwohnern 68 Prozent der Bevölkerung Deutschlands ab. Seine zentrale Aufgabe besteht darin, die Interessen der Landkreise in der Bundespolitik zur Geltung zu bringen. Die Landkreise sind in wachsendem Maße von bundespolitischen Entwicklungen betroffen. Die meisten Gesetze des Bundes werden durch die Kommunalverwaltungen vollzogen. Der DLT wird daher vom Deutschen Bundestag und den Bundesministerien an Gesetzesvorhaben, die kommunale Anliegen betreffen, beteiligt. Zudem wirkt er in einer Vielzahl von Gremien und Einrichtungen des Bundes und der Länder beschließend oder beratend mit.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (Mitte) ließ sich von DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (2.v.r.), DLT-Pressesprecher Dr. Markus Mempel (r.) und den Landräten Dr. Volker Böhning (l.) und Dr. Barbara Syrbe (2.v.l.) auf der IGW 2009 von den kulinarischen Genüssen des Stettiner Haffs überzeugen.



Bild: Deutscher Landkreistag

Mehr Informationen:

Dr. Markus Mempel
Pressesprecher des Deutschen
Landkreistages
Telefon: 030 / 59 00 97 - 312
E-Mail: markus.mempel@landkreistag.de
www.landkreistag.de

Von der Redaktion für Sie

... angelesen



Web 2.0 im kommunalen Alltag

Von Isabell Friess

Unsere geschäftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten sind ohne das World Wide Web nicht mehr denkbar. Diese Entwicklung greift auch in Politik und Verwaltung ein. Als Netz des Mitmachens beschleunigt die so genannte zweite Generation der Internet-Nutzung, das Web 2.0, diesen Prozess. Für Kommunen ist diese Entstehung einer neuen Öffentlichkeit und ihre Einbindung in die Arbeitsabläufe eine Chance.

Die hier vorgestellte Publikation möchte Kommunen dazu anregen, Web-2.0-Angebote stärker in den Verwaltungshaushalt einzubinden. Im ersten Kapitel werden in mehreren Beiträgen Beispiele für das Web 2.0 als neue Form der politischen Kommunikation vorgestellt. Im zweiten Kapitel dreht sich dann alles um Chancen und Grenzen und die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass jeder auf das Internet und die damit verbundenen Angebote zugreifen kann. Um Nutzungspotenziale für ausgewählte kommunale Handlungsfelder wie Haushaltsberatungen, Kulturmanagement oder Immobilienmanagement und deren Innovations- und Modernisierungspotenziale geht es in den Kapiteln drei und vier.

Kurze Einleitungen zu Beginn der Beiträge erleichtern das Lesen und geben auf die Schnelle einen Einblick in den Inhalt. Das Glossar am Ende hilft beim Verstehen des multimedialen Fachjargons.

Das Werk vermittelt einen kurzweiligen Überblick über die Möglichkeiten eines kommunalen Web 2.0 und hilft beim Einstieg in die Materie.

Franz-Reinhard Habel, Andreas Huber (Hrsg.), 2008: Web. 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger. Boizenburg, Verlag Werner Hülsbusch, 170 Seiten.



Erneuerbare Energien ausbauen!

Von Juliane Mante

Die Themen Klimaschutz und Energiepolitik haben derzeit Hochkonjunktur. So ist der Ausbau erneuerbarer Energien erklärtes Ziel der Bundesregierung: Bis 2020 sollen erneuerbare Energien in Deutschland 30 Prozent der Stromversorgung bestreiten. Dieses Ziel kann allerdings nur erreicht werden, wenn regionale Akteure erfolgreich einbezogen werden. Genau hier setzt das Buch „Erneuerbare Energien ausbauen – Erfahrungen und Perspektiven regionaler Akteure in Ost und West“ an. Diskutiert werden darin Forschungsergebnisse und Erfahrungen zum Ausbau erneuerbarer Energien aus ost- und westdeutschen sowie österreichischen Regionen, wobei die regionalen Akteure im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. So werden im ersten Teil des Buches deren Handlungsmöglichkeiten und -restriktionen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Im zweiten Teil werden anhand von Fall- und Praxisbeispielen Möglichkeiten aufgezeigt, wie regionale Akteure besser aktiviert und mobilisiert werden können. Die Vorschläge reichen von Ausstellungen zu erneuerbaren Energieträgern über regionale Workshops bis hin zu einem Computersimulationsspiel für nachhaltige Energiepolitik.

Die Beiträge stellen zu einem großen Teil Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt „Energierregion Lausitz – neue Impulse für die Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien“ dar, das vom Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin durchgeführt und vom Bundesumweltministerium gefördert wurde.

Dorothee Keppler, Heike Walk, Eric Töpfer, Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), 2009: Erneuerbare Energien ausbauen! Erfahrungen und Perspektiven regionaler Akteure in Ost und West, oekom-Verlag, 242 Seiten.



Landwirtschaft der Zukunft

Von Sören Bronsert

Wer heute erfolgreich Landwirtschaft betreiben will, braucht ein umfangreiches Wissen, um die zunehmend globalen Herausforderungen meistern zu können. Der im März 2009 vom Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) vorgelegte Tagungsband „Landwirtschaft im Umbruch – Herausforderungen und Lösungen“ greift diese Thematik auf: Im Spannungsfeld zwischen Food- und Non-Food-Produktion, Klimawandel, Weltenernährungskrise, Wasserknappheit und Milchmarktliberalisierung wird eine beeindruckende Bandbreite von Problemfeldern des Marktfrucht- und Futterbaus, der Milchviehhaltung sowie der Fleischproduktion beschrieben und analysiert.

Um dieser Themenbreite gerecht zu werden, kommen verschiedene Experten aus Wissenschaft, Industrie und Politik zu Wort. In 20 Beiträgen stellen sie die Möglichkeiten neuer Strategien in den Bereichen Management, Technik, Bauen, Umwelt und Energie vor. Während Wasserknappheit und Nährstoffeffizienz im Fokus der Kapitel zum Pflanzenbau stehen, werden für die Tierhaltung neue Technologien und Baukonzepte für wachsende Bestände vorgestellt. Dabei spielt in fast allen Beiträgen eine höhere Effizienz durch den Einsatz leistungsfähigerer Technik eine ebenso wichtige Rolle wie der ökonomisch sinnvolle Umgang mit knappen Ressourcen. Die Beiträge des Tagungsbandes stellen in einer guten Mischung sowohl die politik- als auch die agrar- und betriebswirtschaftliche Sicht der Thematik dar und zeigen interessante Handlungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft auf.

Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL) (Hrsg.), 2009: Landwirtschaft im Umbruch – Herausforderungen und Lösungen, KTBL, Darmstadt, 277 Seiten.

... angekündigt

Herausforderung demografischer Wandel – Vorträge gesucht!

Für die Tagung „**Vielfalt des demografischen Wandels – Eine Herausforderung für Stadt und Land**“, die für **Dezember 2009** geplant ist, suchen der Arbeitskreis „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Referenten.

Die demografischen Veränderungen berühren fast alle Aufgabenfelder der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge; betroffen sind beispielsweise Bildung, Arbeiten und Wohnen, Jugend und Familie, aber auch soziale Sicherung, Infrastruktur und vieles mehr.

Im Mittelpunkt der Tagung sollen deshalb konkrete Anpassungs- und Entwicklungsstrategien von Ländern, Regionen, Kom-

munen oder auch der Wirtschaft stehen, die das Ziel verfolgen, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Gefragt sind beispielsweise Vorträge, die aufzeigen, wie demografische Prozesse und Strukturen stabilisiert werden können und wie man mit Wanderungsprozessen umgehen kann. Auch Antworten auf die Fragen, ob interkommunale Kooperationen zur Bewältigung des demografischen Wandels taugen oder wie ein „Demografie-Check“ als strategisches Planungsinstrument gestaltet sein könnte, sind willkommen.

Vortragsvorschläge – Titel und maximal einseitige Kurzfassung – können **bis zum 7. Juli 2009** eingereicht werden: **Dr. Steffen Maretzke, BBSR, steffen.maretzke@bbr.bund.de**

Der „Call for Papers“ im Internet: www.demographie-online.de/downl/CfP_SuR_Dehtag2009.pdf



© Claudia Drescher-Lühn / PIXELIO

Dörfer ohne Menschen!? Zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung

Chancen und Perspektiven, die Dörfer und ihre Bewohner haben, um dem demografischen Wandel zu begegnen, stehen im Mittelpunkt der **Fachtagung**, die die Deutschen Landeskulturgesellschaft in Zusammenarbeit mit der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung und der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum vom **14. bis 16. Oktober 2009 in Würzburg** veranstaltet.

Insbesondere die peripheren ländlichen

Räume sind von den Folgen der demografischen Entwicklung sowie vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel betroffen. Rückgang und Überalterung der Bevölkerung, infrastrukturelle Defizite und fehlende Arbeitsplätze sind Aspekte der Problematik.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gelingt es Dörfern und Gemeinden immer wieder, den Strukturwandel auch als Chance zu greifen und diese zu nutzen. Sich auf

die eigenen Kräfte besinnen, durch interkommunale Zusammenarbeit Allianzen bilden und regionale Potenziale in integrierten Entwicklungskonzepten entfalten sind Themen, um die es auf der Tagung geht. Neben den wissenschaftlichen Grundlagen und administrativen Rahmenbedingungen der baulichen und sozialen Dorffinnenentwicklung sollen Denkanstöße und Lösungsvorschläge zu den Themen vorgestellt werden.

Mehr Informationen: www.dlkg.org

Regionalmanagement: Erfahrungen – Erfolge – Perspektiven

Zum **Fachkongress Dreiländerdialog Regionalmanagement** am **23. und 24. November 2009** laden das „Regionalmanagement Austria e.V.“, die „regiosuisse – Netzwerkstelle Regionalentwicklung“ sowie als deutscher Partner „Regionen im Dialog e.V.“ nach **Lindau am Bodensee** ein. Vertreter von Regionalmanagements, aus der Wirtschaftsförderung, aus Entwicklungs- und Planungsgruppen, Fachbehörden und Netzwerken aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben dort die Möglichkeit, über das Berufs- und Arbeitsfeld Regionalmanagement zu diskutieren. Was wurde auf

dem Weg zu einem einheitlichen Berufsbild bereits erreicht? Wie könnte die zukünftige Entwicklung aussehen? Welchen Trends und Herausforderungen müssen sich die Akteure stellen? Natürlich soll durch die Veranstaltung auch das länderübergreifende Kennenlernen der Regionalentwicklungssysteme und der dort handelnden Personen unterstützt werden. Möglichkeiten hierzu gibt es in Arbeitskreisen, in „Kommunikationsecken“ und bei kulinarischen und kulturellen Leckerbissen. Zentrales Ergebnis des Kongresses wird die Unterzeichnung einer gemeinsam abgestimmten Berufsbild-Charta sein. Damit soll die Not-

wendigkeit einheitlicher Standards für das Berufsfeld manifestiert werden.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.euregia-bodensee.de



© Echino / PIXELIO

Hafeneinfahrt von Lindau